

# Dresdener Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Postamt: Sächsische Staatspost, Dresden, Post d. Arbeiter, Knaben u. Weibchen, 1932, Dresden, Weberstr. 10, Dresden

Das Blatt von Sitzungen hundertw. ist, ist es auch über ihre Verfall über Verfall, hat der Besitzer der Dresdener Volkszeitung seinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Vertrieb mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Reben.“  
Abonnementpreis: 2,40 M. einjährig, 45 M. vierteljährig. (Einschl. Postgebühren.)  
Einzelheft 10 Pf. (Einschl. Postgebühren.)  
Lith. M. Anstalt Volk- und Schulbuchverlag.

Schriftleitung: Wilmersdorf 10, Bernauerstr. 25, 261. Sprechstunde: Montag bis Samstag von 12 bis 1 Uhr.  
Waldstr. 10, Dresden, Nr. 25, 261 u. 19 707.  
Waldstr. 10, Dresden, Nr. 25, 261 u. 19 707.  
Telefon: 19 707.  
Telegraph: Dresden, Volkszeitung

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Kompatibilität 35 Pf., die 90 mm breite Kompatibilität 2 Pf., 122 auswärts 40 Pf., u. 2,50 M., abzüglich Vertriebskosten laut Tarif, Familienanzeigen, Stellen- u. Mietangebote 20 Pf. netto. Für Reichsweite 10 Pf. Einzelr. 10 Pf.

Dresden, Dienstag, den 2. August 1932 43. Jahrgang

## Nazi-Ultimatum an Papen

### Das neue Gesicht

ist dieser Reichstag arbeitsfähig?

Von Paul Löße, Präsident des Reichstags

Der Deutsche Reichstag wird in Zukunft nur fünf aus-  
sichende Parteien aufweisen: je zwei Flügelparteien  
links und eine zentrale Mitte.  
Die sieben Abgeordneten der Deutschen Volkspartei  
sind vom Landvolk getrennt zu den Nationalsozialisten ge-  
zogen worden und die Bayerische Volkspartei zum  
ersten Mal getrennt von vier bis sechs Mann  
in keine der großen Gruppen einordnen lassen.  
Entscheidend sind nur noch Sozialdemokraten und  
Nationalsozialisten auf der Linken, Nationalsozialisten und  
Nationalsozialisten auf der Rechten und in der Mitte das  
Landvolk.

Die parlamentarischen Arbeitsmög-  
lichkeiten dieser neuen Reichstag? Er hat zunächst  
keine nationalsozialistisch-kommunistische Mehrheit, die  
die Hilfe des Kabinetts Papen-Schleicher stützen kann  
abgegeben davon, daß es dabei an der Mitwirkung  
Nationalsozialisten nicht fehlen soll. Die national-  
sozialistisch-kommunistische Mehrheit ist jetzt  
noch, allen ihren radikalen, antisozialistischen sozia-  
listischen Forderungen zum Steig zu verhalten — selbst wenn  
Nationalsozialisten so schlecht und verräterisch wäre, wie es  
heute behauptet wurde und ihnen dabei nicht helfen  
kann. Aber sie wird helfen. Jedenfalls können die  
Nationalsozialisten für alle die Ver-  
änderungen Mehrheiten herstellen, die sie  
Zählern gegeben haben.

Die Kenntnis der Anschauungsunterricht für ihre  
Mehheiten, die im Lande so zahlreich vorhanden sind.

Da es aber zu einem dauernden positiven Zusammen-  
hang dieser ungleichen Mehrheiten nicht kommen kann, muß  
eine andere Basis für Regierungsbildung  
Regierungsbildung gesucht werden. Eine Rechts-  
mehrheit, wie sie Herr Eugen Berg erträumt, ist nicht  
möglich. 220 Nationalsozialisten und 37 Nationalsozialisten  
Volksparteiler und ein Landvolkmann bleiben zu-  
sammen immer noch um 20 bis 25 Stimmen unter der Mehr-  
heit während die in der letzten Wahlperiode im allen  
Land noch 30 über die Mehrheit besaß.

Ohne die Mitte, ohne Zentrum und  
Landvolk und Vernünftigen der Herren Papen und  
Schleicher dürften zunächst darauf gerichtet sein, diese  
Mitte mit den Nationalsozialisten zu irgendeinem Punkt zu  
bringen, der ihnen das Weiterregieren ermöglicht. Ganz  
wird das nach den hinter uns liegenden Wahlen nicht  
möglich. Die Nationalsozialisten haben jetzt auch im  
Land vor dem Scheidewege: dem Zerfall der So-  
zialdemokratie den kleinen Finger zu reichen oder — weiter auf  
die Mehrheit zu warten, die trotz allen Erfolgen der  
letzten Jahre in weite Ferne gerückt ist. Denn sie  
werden den „Marxismus“, nach dem Zentrum in ihrer  
nationalsozialistischen Fiktion und Spalterpartei, die auf-  
gekauft werden können, sind nicht mehr vorhanden. Es ist  
die „Landes Mitte des Volkes“, die sie nach Herrn  
Papen noch zu belehren hofften, sondern nahezu zwei  
Drittel haben sich dieser Belehrung noch immer unzugäng-  
lich gemacht.

Die Ausschüsse auf eigene Majorität müßten also auf  
gelöst werden, bei welcher den erfüllungsunfähigen  
Ausschüssen die Geduld reißt, den freigebigen Spendern viel-  
mehr das Geld ausbeutet.

Die Aufgabe wird die Neigung zu Kompromissen in den  
höheren Stellen der Nazi-Partei wachsen, und es  
werden sich die ersten Differenzen zum Trotz er-  
geben, der auf alles oder nichts eingestellt ist.

Wird auch das Zusammenwirken zwischen Zentrum und  
Nationalsozialisten, dann ist die Gefahr des Weiter-  
regierens mit Notverordnungen und Ver-  
ordnungen in nächste Nähe gerückt, dann wird  
die „starke Regierung“ wohl wie möglich von  
Reichstag freizumachen suchen, der sich nicht  
und nicht geneigt hat, im Rahmen der ihm durch die  
Nationalsozialisten Obliegenheiten mit ihr Hand in  
Hand zu arbeiten, wie es in dem Wahlkampf best.  
war die im wesentlichen unaufrichtige Sozialdemo-  
kratie, die sich gehalten hat, trotzdem der ganze Instanz  
die unvollständige Verschönerung von rechts und links gegen  
über war, ergibt sich eine klare Linie in dieser Hinsicht:  
Wir werden der Mehrheit des Reichstags, die das

### Was nun, Herr Schleicher?

Im negativen Lager herrscht nirgend Freude über  
den Ausfall der Reichstagswahlen. Die im rechten Lager  
erwartete Niederlage der Sozialdemokratie und des Zen-  
trums ist ausgeblieben. Die marxistische Front,  
Kommunisten und Sozialdemokraten zusammen, hat sogar  
ein Mandat mehr als im vorigen Reichstag. Auch im  
Hilfers Vororgan, dem Reichischen Beobachter, wird die Ent-  
täuschung darüber sichtbar, daß die Nazis nur 37 Prozent  
der abgegebenen Stimmen und etwa ein Drittel der ge-  
samten Wählerstimmen hinter sich brachten. Mit der national-  
sozialistischen „Machtergreifung auf legalem Wege“ ist es also  
nicht klüger geworden. Das Kabinett der Barone möchte  
sich am liebsten auf eine Koalitionsregierung von Zentrum,  
Nationalsozialisten und Nationalsozialisten stützen. Das ist  
aber bei der Verteidigung zwischen Zentrum und NSDAP  
sehr schwierig. Außerdem fordern die Nazis mehr Macht,  
als ihnen die Regierung Papen überlassen möchte. Was also  
wird Hitler nunmehr tun? Das französische Telegraf-  
büreau Paris läßt sich aus Berlin über bestimmte Pläne  
der NSDAP, folgendes melden:

„Am Laufe der Nacht zum Montag hat der General-  
stab der Nazi-Partei unter dem Vorsitz Hitlers in dem  
Häuser des Brauns Hauses in München die politische Lage in  
mehreren Konferenzen geprüft, an denen vor allem  
Kaufmanns Wilm, Kaufmanns Wilm, Gregor Strasser,  
Reichsminister Franz und der persönliche Adjutant Hitlers,  
Präsident, teilgenommen haben. Am Laufe dieser Unterredungen,  
die sich bis in die frühen Morgenstunden ausgedehnt haben,  
wurden wichtige Beschlüsse gefaßt worden zu sein.  
Strasser, Wilm und Franz sind beauftragt worden, sich so-  
fort nach Berlin zu begeben, um diese Wünsche der

Reichsregierung mitzuteilen. Sie werden zu diesem Zweck gleich  
nach ihrer Ankunft eine Unterredung mit dem Reichswehrminister  
haben, der von der Nationalsozialistischen Partei als der starke  
Punkt der gegenwärtigen Regierungskombination und die Haupt-  
stütze jeder neuen Kombination angesehen wird. Wenn man  
Informationen aus guter Quelle glauben darf, sollen die  
Einsätze im Namen Hitlers eine tiefgehende Umbildung  
der Reichsregierung verlangen, die darauf hinauslaufen  
würde, fast die ganze Macht der Nazi-Partei zu übertragen. Reichs-  
minister von Papen soll einem von Hitler bezeichneten Kanzler  
Platz machen. Ebenso soll Hitler das Innen-  
ministerium erhalten. Dagegen soll General von Schleicher  
Reichswehrminister bleiben. Was den Reichstag anbelangt, so  
würde man einfach darauf verzichten, ihn einzuberufen, da die  
Nazis im voraus jede Koalition mit dem Zentrum  
ablehnen. Die Nationalsozialistische Partei soll außerdem  
verlangen, daß man ihr die Macht in Preußen ausliefern  
soll.

Diese Mitteilung soll die Form eines Ultimatums  
haben. General von Schleicher soll davon in Kenntnis gesetzt  
werden, daß, wenn er die Forderungen Hitlers ablehnt, sofort  
eine heftige Offensive gegen die Reichsregierung  
eingeleitet werden würde, bei der auch die Person des Reichs-  
wehrministers nicht gespart werden soll.“

Was hier berichtet wird, stimmt auch überein mit den  
Forderungen, die jetzt in der Nazi-Partei erhoben werden. Im  
Reichischen Beobachter fordert Hitlers Reichsminister die Staats-  
führung für die Nationalsozialisten. Nur Hitler sei in der  
Lage, die wieder deutlich gemordene „holländische Gefahr“  
zu bannen. Der Reichsinnenminister habe versagt, auch  
andere mögliche Personen müßten weg.

Man darf nun gespannt sein, wie sich das Kabinett  
Papen mit seinen braunen Schreckensfindern abfinden wird.

## Die „neue Ordnung“

Unter Papen-Bracht wird der Naziterror immer frecher

Es ist in der letzten Woche fast kein Abend vergangen,  
an dem nicht irgendein Mitglied der Papen-Regierung an  
das Mikrophon trat. Der von Papen selbst hat jeden  
Rekord gehalten. Selbst das Ausland hat er ein-  
gehend über die Pläne und Absichten der gegenwärtigen  
Machtergreifung in Deutschland zu belehren und unterrichten ver-  
sucht. Wer es z. B. in Amerika noch nicht wußte, der konnte  
es am vergangenen Freitag auf Englisch aus dem Munde  
des Herrn von Papen hören. Das Ziel der neuen Staats-  
führung habe zunächst darin gelegen, die kommunistische Ge-  
fahr zu bannen und die Ruhe und Ordnung zu sichern.  
Ziel sagte er hinzu: „In ganz Deutschland ist die Ord-  
nung wieder hergestellt.“

Wie muß sich das amerikanische Volk an diesem Mon-  
tag die Augen gerieben haben? Es vernahm durch die  
Zeitungen das Ergebnis der Reichstagswahl und erhielt zu-  
gleich Kenntnis von der Zahl der Toten dieses Wahlkampfes.  
Es vernahm, daß die kommunistische Partei, die unter  
Vormundung der Herren Papen, ihre Stimmzahlen seit langer Zeit zum  
erstenmal wieder beträchtlich erhöht und es, seit bei uns die  
Ruhe und Ordnung wieder hergestellt ist, mehr Tote und  
Zuwerwerfliche gegeben hat, als zu der Zeit, in der die  
Ordnung angebrochen war.

Im „Ruhe und Ordnung in Preußen-Deutschland  
wiederhergestellt“, war die Regierung Braun-Severing für

„Vort „sozialistisch“ im Munde geführt hat, die prak-  
tischen Vorschläge zur Milderung und Be-  
hebung der Krise durch staatliche Eingriffe und soziale  
Maßnahmen unterbreiten und erproben, wieweit die Herr-  
schaften gewillt sind, die dem Volke gegebenen Verpflichtungen  
zu erfüllen.“

Jeder Anschlag auf die Staatsbürger-  
rechte des Volkes aber wird unsere energische Ab-  
wehr finden.

Je deutlicher sichtbar diese unsere Tätigkeit dem deut-  
schen Volke gemacht wird, um so eher wird an Stelle der be-  
läubenden Symbole der Schlagworte wieder die nüchternen  
Wörter und die ernsthafteste Prüfung treten. Mit diesem  
Vorwort treten wir in den Reichstag ein, dessen  
Arbeitsfähigkeit auch wir mit den stärksten Zweifeln  
entgegensehen.

abgesetzt erklärt und der Ausnahmezustand über Berlin ver-  
hängt worden. Der letzte Grund: „Altona“! In Altona  
hätte ein Gefecht zwischen Nazis und Kommunisten über ein  
Tugend Lote gefordert. Drei Tage später marschierte die  
Reichsregierung gegen Preußen. Der Chef der Nazi-Partei  
übernahm zunächst persönlich das Kommando. Aber noch ehe  
er kommandierte, und noch bevor die preußischen Minister  
von dem dunklen Spiel gegen sie auch nur die geringste  
Abnung hatten, war der Chef der Oberbürgermeister Probst  
nach Berlin berufen, eingehend informiert und zu seinem  
Stellvertreter bestimmt worden. In der Art, wie die Reichs-  
regierung in Preußen in Szene gesetzt wurde, sah Herr Probst  
kein Hindernis für die Annahme des ihm angetragenen  
Amtes. Also konnte der Zauber beginnen. Die sozialdemo-  
kratischen Minister, Ober-, Regierungs- und Polizeipräsiden-  
ten, Landräte und zahlreiche andere Beamte wurden für  
abgesetzt erklärt. Der sozialdemokratische Einfluß wurde zu

### Das amtliche Wahlergebnis

Der neue Reichstag zählt nach dem inzwischen  
korrigierten vorläufigen amtlichen Ergebnis 607 Abge-  
ordnete. Diese Zahl verteilt sich wie folgt auf die einzelnen  
Parteien:

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	230	Stimmen
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	133	Stimmen
Kommunistische Partei Deutschlands	89	Stimmen
Zentrum	75	Stimmen
Deutschnationale Volkspartei	37	Stimmen
Bayerische Volkspartei	22	Stimmen
Deutsche Volkspartei	7	Stimmen
Deutsche Staatspartei	4	Stimmen
Christlichsozialer Volksdienst	4	Stimmen
Deutsche Bauernpartei	2	Stimmen
Landvolk	2	Stimmen
Wirtschaftspartei	1	Stimme
Deutsches Landvolk	1	Stimme

Bei der Berechnung der Sitzzahlen ist von den Wahl-  
abkommen ausgegangen worden, die zwischen einzelnen Par-  
teien hinsichtlich der Berechnung ihrer Reichstimmungen getroffen  
worden sind.